

Die AfD (Alternative für Deutschland) zieht mit gut 7% in das EU-Parlament

Das Ergebnis war nicht überraschend, denn diese neue Partei ist euroskeptisch, aber nicht unbedingt gegen die Europäische Union. Die Führung dieser Partei, die eher in der Mitte des Parteienspektrum angesiedelt ist, kritisiert die gespannten Rettungsschirme in Höhe von mehreren hundert Milliarden EURO, gemeint sind Steuergelder, mit denen die Bundesregierung für die Stabilität des EURO bürgt, falls die sog. Südländer, gemeint sind Griechenland, aber auch Italien und Spanien ihre maroden Haushalte nicht sanieren können. Besonders Griechenland steht im Fokus des Interesses, weil es erwiesenermaßen die im Maastricht geforderten Kriterien nicht erfüllt hat, vielmehr sich diese durch falsche Angaben erschlichen hat, um dadurch an die Fleischtöpfe in Brüssel zu gelangen. Nun ist immer noch guter Rat teuer, denn Griechenland hat große Mühe, die aufgelaufenen Schulden zu bezahlen, und hat die EU in eine tiefe Krise geführt, die keineswegs überwunden ist. Die ständige Beteuerung, Griechenland nicht fallen lassen, hat zwar die Märkte beruhigt, aber die Krise nicht gelöst. Es hat sich als Fehler erwiesen, in der Bundesrepublik die Bevölkerung in dieser wichtigen Angelegenheit zu befragen. So grummelt es an der Basis weiter, aber die regierenden Parteien tun wenig, um die dort bestehenden Fragen zu beantworten. Kein Wunder, dass die AfD bei der Bundestagswahl die 5%-Hürde beinahe erreicht hat. Christine Lagarde, die Chefin des WWF, hat die Ursache der Eurokrise klar und scharf definiert: **Wir haben das Recht gebrochen, um den Euro zu halten.**

Nun rätselt die CDU, wie sie mit dem neuen Konkurrenten umgehen soll. Die erste Reaktion ist gewesen, diese neue erfolgreiche Partei als populistisch zu bezeichnen und damit eine rechte Klientel zu bedienen, was heißt, wer auf das Volk hört, das sind die Wähler, ist rechts orientiert und muss verdammt werden. Das scheint mir zu kurz gesprungen, weil das Volk allmählich eine eigene Meinung entwickelt hat und, weil es diese nicht äußern darf, dies in der Wahlkabine tut. Unglücklicherweise hat in dieser Auseinandersetzung über den Umgang mit dem neuen Konkurrenten im Parteienspektrum der Vorsitzende der Unionsfraktion, Volker Kauder, geäußert „Mit denen möchte ich nicht in Talkshows sitzen“. Daraufhin ging in den Leserbriefen in Sturmgewitter der Entrüstung nieder. Wichtig ist den Lesern, dass man seine Positionen zu einem bestimmten Thema auf einer öffentlich wirksamen Bühne darstellen kann, indem man klar herausstellt, wo aus Sicht der CDU die Positionen der AfD falsch sind. Es war doch gerade die mangelnde Bereitschaft der etablierten Parteien, unangepasste Positionen ernst zunehmen und sich mit ihnen öffentlich auseinanderzusetzen. Wer dies forderte, aber nicht bekam, verhalf der AfD zu dem Zulauf, den die CDU jetzt

verpöbelt. Die CDU sollte besser nach den Gründen der letzten Wahlerfolge der AfD fragen, um die Ursachen der Euroskeptiker verstehen zu können. Herrn Kauders gemachte Aussage ist deshalb ebenso reiner Populismus und kann dem Nachdenken und notwendigen Veränderungen wenig dienlich sein. In anderen Beiträgen wird das Verhalten von Kauder als bodenlose Arroganz und Selbstherrlichkeit der etablierten Parteien bezeichnet, die es der AfD leicht machen, Wählerstimmen generieren. Statt Sozialdemokratisierung fordern Leser die CDU auf, sich mit wirtschaftlichem Sachverstand den Problemen zuzuwenden. Es gibt nämlich auch eine Gegenbewegung zur „Alternativlosigkeit, die keineswegs stupide Demagogen sind, sondern denkende Menschen und Wähler. Diese sollen eingeschüchtert werden, indem man Demokratie und Meinungsfreiheit bekämpft. Sie lassen sich aber nicht mehr einschüchtern, sondern sie suchen Politiker, die sich mit vernünftigen Argumenten profilieren und somit eine politische Lücke in unserer Parteienlandschaft füllen. Deutschland brauche dringend eine Wirtschaftspartei.

Das ist nur ein kleiner Ausschnitt aus dem Meinungsangebot zu AfD. Der Vorsitzende Bernd Lucke, Wirtschaftswissenschaftler an der Universität Hamburg, kann sich freuen: Jeder dritte Deutsche würde es einer Umfrage zufolge begrüßen, sollte die eurokritische Alternative für Deutschland im Bundestag vertreten sein.

Deren Vorschläge besonders zum EURO und der Wirtschaftspolitik der Südländer kommentiere ich nicht, aber sie sind es wert, tiefgründig diskutiert zu werden und verweise auch auf die Meinung von Professor Sinn.

Dr. Else Ackermann

Neuenhagen, den 14. Juni 2014